

STELLUNGNAHME ZUM HAUSHALT 2026

Der Jugendgemeinderat Ludwigsburg hat sich entschlossen im Angesicht des Beschlusses vom Haushalt 2026 für die Stadt Ludwigsburg, zu äußern, damit die Sicht der Jugendliche in Betracht gezogen wird. Dazu hat sich ein Arbeitskreis gebildet, das sich mit unterschiedlichen, für uns als wichtig empfundene Themen, befasst hat.

Soziale Teilhabe: Erhaltung der LudwigsburgCard und Streichung von sozialen Projekten für Jugendliche

Soziale Teilhabe in Ludwigsburg Wir, der Jugendgemeinderat, möchten nochmals stark betonen, wie wichtig eine chancengerechte Stadt Ludwigsburg und damit einhergehende Projekte sind. So darf die Lösung der finanziellen Probleme nicht bei der Streichung von Institutionen wie zum Beispiel die Mobile Jugendarbeit, Connect oder den verschiedenen Jugendtreffs gesucht werden, da diese an der Wurzel unserer Gesellschaft, der Jugend ansetzen.

Gennannte Institutionen bieten einen Rahmen, in dem Jugendliche mit den unterschiedlichsten Hintergründen einen Ort des Verweilens und der Begegnung finden. Gleichzeitig vermitteln sie eine familiäre Struktur, die an entscheidenden Punkten Unterstützung bietet.

Auch die LudwigsburgCard ist für viele Menschen ein prägender Bestandteil ihres Lebens. Kürzungen an solchen Stellen würden dort sparen, wo ohnehin schon wenig vorhanden ist. Ludwigsburg ist eine diverse und facettenreiche Stadt, doch am Ende vor allem auch teuer. So dürfen wir nicht anfangen durch Streichungen oder Kürzungen wie bei der LudwigsburgCard, einzelne Gruppen auszuschließen.

Einsparungen an diesen Stellen wären kurzfristig und könnten langfristig zu größeren Problemen und höheren Kosten für die Stadt führen. Es muss klar werden, dass vor allem Kinder und Jugendliche keine starke Lobby haben und wir diese Schwäche nicht zur Scheintilgung unserer Probleme nutzen. Wollen wir in Zukunft eine starke, florierende Stadt, müssen wir die fördern und schützen, die sie gestalten werden und auch den Schwächeren eine Chance bieten in Ludwigsburg Fuß zu fassen.

Als Stadt haben wir den Auftrag, soziale Teilhabe für alle zu ermöglichen. Das Grundgesetz verpflichtet uns dazu: Art. 1 Abs. 1 GG schützt die Menschenwürde, Art. 3 Abs. 3 GG untersagt Benachteiligung, und Art. 20 Abs. 1 GG verlangt als Sozialstaat die Förderung sozialer Sicherheit. So wird soziale Teilhabe zu einer zentralen Aufgabe, die wir gemeinsam tragen müssen.

Sanierung des Forums: kulturelle Bedeutung und Transparenz

Wir als Jugendgemeinderat sehen ein großes Versagen hinsichtlich der aktuellen Situation in Bezug auf das Forum, was uns in eine schwierige Ausgangslage bringt. In wirtschaftlich stabileren Zeiten, als wir sie jetzt vorfinden, wurde das Forum, um das an der Stelle deutlich zu unterstreichen, schlicht und einfach vernachlässigt, sodass wir uns in der Verantwortung sehen, jetzt und zwar genau jetzt zu handeln, da wir die Lage als äußerst dringend erachten. Die Entscheidung, was mit dem Forum in Zukunft geschehen wird, muss unverzüglich in Angriff genommen werden, da das Forum für die Stadt Ludwigsburg sowohl in wirtschaftlicher, als auch in kultureller Hinsicht von großer Bedeutung ist. Die zentrale Lage macht es zudem äußerst attraktiv und ist eine unerlässliche Investition in die Zukunft unserer Stadt.

Investitionen an dieser Stelle sind unausweichlich, denn alleine die Tatsache, dass derzeit immer wieder Kosten anfallen, die eine zusätzliche Belastung für den Haushalt darstellen, ist Grund genug, um zu handeln.

Aus genannten Gründen stellt sich für uns weniger die Frage, ob gehandelt werden muss, sondern wie gehandelt werden kann und welche Möglichkeiten sich ergeben, die nicht nur praktisch, sondern auch effizient und tragfähig sind - und das am besten rechtzeitig! Wir wollen vermeiden, dass das Forum zu einem desolaten Ort wird und dadurch an seinem durchaus bedeutenden kulturellen und gesellschaftlichen Wert verliert.

Zu bedenken geben wir auch, dass das Forum eine Einnahmequelle für die Stadt darstellt, die nach wie vor von großer Relevanz ist. Die Stadt Ludwigsburg befindet sich gleichzeitig in einer angespannten Haushaltslage, die eine solche Entscheidung zusätzlich erschwert.

Dennoch fordern wir mehr Transparenz, was die Entscheidung als solche und die anfallenden Kosten anbelangt. Sei es im Sinne einer Kernsanierung oder im Sinne einer Instandhaltung, die beinhaltet, dass vorerst „nur“ das Nötigste gemacht wird. Im Falle einer Kernsanierung plädieren wir für eine konkrete Kostenaufstellung, basierend auf der effektivsten Möglichkeit, das Forum möglichst nachhaltig und mit den dafür nötigen Maßnahmen, zu sanieren.

Wir appellieren in aller Deutlichkeit, die aktuelle Lage vor allem in Zukunft weiterhin ernst zu nehmen und Ansätze zu schaffen, damit wir auch in Zukunft ein, für die Bürgerinnen und Bürger zugängliches, Forum haben.

Wirtschaftspolitik der Stadt: Fördern, sichern und anschaffen

Der Jugendgemeinderat Ludwigsburg betont die Wichtigkeit einer starken, zukunftsfähigen lokalen Wirtschaft für die Entwicklung unserer Stadt. Deren Ziel es ist: Arbeitsplätze zu sichern, neue Arbeitsplätze zu schaffen und Ludwigsburg als attraktiven Standort für Unternehmen weiter zu stärken – denn eine attraktive sowie zukunftsorientierte, d.h. auch nachhaltige Wirtschaftspolitik, ist entscheidend, um jungen Menschen Perspektiven zu bieten, die Zukunftsfähigkeit Ludwigsburgs zu stärken und weitere Einnahmen über die Gewerbesteuer zu generieren.

Vor allem im Gewerbegebiet West stehen neue Flächen zur Verfügung, die für die wirtschaftliche Entwicklung Ludwigsburgs eine große Chance darstellen. Wir befürworten, zu prüfen, ob sich die Rahmenbedingungen für Unternehmen weiter verbessern können, damit sich wieder mehr Betriebe in Ludwigsburg ansiedeln und die neu entstandenen Gewerbeflächen genutzt werden.

Der Landtag Baden-Württemberg hat mit dem „**Kommunalen Regelungsbefreiungsgesetz**“ einen wichtigen Schritt getan und Kommunen zusätzliche Flexibilität eingeräumt. Wir fordern, dass die Stadt Ludwigsburg prüft, in welchen Bereichen diese Möglichkeiten genutzt werden können, um wirtschaftliche Projekte leichter umzusetzen.

Alles in allem lässt sich sagen, dass Ludwigsburg gute Voraussetzungen und Möglichkeiten für wirtschaftliche Stärke und nachhaltiges Wachstum besitzt. Als Jugendgemeinderat unterstützen wir daher alle Maßnahmen, die die Ansiedlung von Unternehmen fördern und damit auch die Schaffung neuer Arbeitsplätze ermöglichen.

Pferdemarkt, Marktplatzfest und Stadtgründungsfeier: Rhythmus, Ressourcenschonung und Prioritäten

Der Jugendgemeinderat begrüßt ausdrücklich, dass das Marktplatzfest künftig wieder jährlich stattfinden soll. Dieses Fest erreicht Menschen aus ganz unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen und Altersstufen und trägt wesentlich zu einem offenen, lebendigen Miteinander in der Innenstadt bei. Für viele Jugendliche ist es zudem ein niedrigschwelliger Ort, um gemeinsam Zeit zu verbringen und sich in die Stadtgesellschaft einzubringen.

Die Überlegungen zum Pferdemarkt können wir nachvollziehen: Es handelt sich um eine große und traditionsreiche Veranstaltung, die hohe organisatorische und finanzielle Anforderungen mit sich bringt. Gleichzeitig ist uns bewusst, dass viele Bürgerinnen und Bürger stark an diesem Fest hängen und es ein wichtiges kulturelles Identitätselement der Stadt darstellt.

Kritisch sehen wir dagegen die vorgesehene Stadtgründungsfeier. Aus unserer Perspektive betrifft dieses Fest deutlich weniger Menschen und hat nicht denselben verbindenden Charakter wie der Pferdemarkt oder das Marktplatzfest. Daher stellen wir die Frage, ob eine Durchführung im zweijährigen Rhythmus nicht sinnvoller und ressourcenschonender wäre – insbesondere in einer Zeit, in der die Stadt stark auf Effizienz und Priorisierung achten muss.

Unser Anliegen ist klar: Wenn Prioritäten gesetzt werden müssen, sollten jene Veranstaltungen gestärkt werden, die breite Teile der Stadtgesellschaft erreichen, Begegnung schaffen und städtisches Leben fördern. Das Marktplatzfest erfüllt diese Funktion in besonderem Maße. Eine Reduktion der Stadtgründungsfeier würde dagegen vergleichsweise wenige Menschen betreffen und könnte Ressourcen freisetzen.

Klima: Klimabonus, Ziele, Zukunft und Entlastung

Der Jugendgemeinderat unterstreicht ausdrücklich, dass in Zeiten, in denen die Klimakrise uns wie noch nie davor betrifft, es wichtig ist nicht an Projekten wie dem Klimabonus zu sparen. Der Klimabonus ermöglicht eine direkte Beteiligung an nachhaltiger Entwicklung für private Haushalte durch die finanzielle Unterstützung für energetische Sanierungen und den Einsatz neuer, umweltfreundlicherer Technologien wie z.B. effizientere Heizungen. Ohne solche Fördermaßnahmen besteht die Gefahr, dass viele Menschen aus Kosten- oder Komfortgründen auf den Modernisierungs- oder Umstiegspfad verzichten und dadurch die Emissionsreduktionsziele der Stadt nicht erreicht werden können.

Denn die Stadt Ludwigsburg hat als Ziel beschlossen, **bis 2035 klimaneutral** zu werden. Dieses ambitionierte Ziel erfordert konsequente Maßnahmen in vielen Bereichen: Energieversorgung, Wärmeversorgung, Mobilität, private Haushalte, Gebäude etc. Die Erhaltung des Klimabonus schafft dadurch also nicht nur Anreize für die Mitbürger*innen sondern zeigt, dass politisches Handeln ökologische Ziele ernst nimmt, anstatt sie als freiwillige Zusatzaufgabe zu behandeln. Es sendet also ein entschlossener Einsatz und ein klares Signal: Die Stadt bleibt ernst und konsequent bei ihren Klimaversprechen. Das stärkt das Vertrauen junger Leute in die Politik und motiviert sie, selbst aktiv zu werden.

Bekanntlich vertritt der Jugendgemeinderat junge Menschen und zukünftige Generationen. Kürzungen beim Klimabonus würden die Chancen verringern, dass Ludwigsburg seine selbst gesteckten Klimaziele einhält und somit die Lebensqualität, Umwelt und Zukunftsperspektiven gerade für Jugendliche und nachfolgende Generationen aufs Spiel setzen. Die Klimakrise ist ein ernstes Thema, das uns alle und insbesondere die zukünftigen Generationen betrifft, es liegt daher in unserer Verantwortung, die Zukunftsängste ernst zu nehmen und dementsprechend zu handeln.

Denn zuletzt darf nicht vergessen werden, dass für eine Stadt wie Ludwigsburg mit rund 93.000 Einwohner*innen, die privaten Haushalte ein entscheidender Hebel sind: Ein großer Teil der städtischen Emissionen entsteht im Bereich Wohnen, Energie und Wärme. Eine Einsparung an dieser Stelle würde langfristig deutlich höhere ökologische und ökonomische Kosten verursachen. Gerade junge Menschen erwarten, dass politische Entscheidungsträger vorausschauend und mutig handeln; das Festhalten am Klimabonus sendet daher ein wichtiges Signal für Glaubwürdigkeit und Zukunftsorientierung.

Der Jugendgemeinderat schlägt im Hinblick auf die Kosten eine mögliche Zusammenlegung weiterer Klimaprojekte vor, wodurch nicht nur die Effizienz dieser gesteigert werden könnte, sondern auch vorhandene Ressourcen gebündelt, Überschneidungen vermieden und langfristig erhebliche Einsparungen erzielt werden könnten. Dies würde es beispielsweise ermöglichen, zentrale Projekte wie den Klimabonus weiterhin auf hohem Niveau und nachhaltig beizubehalten.

